

- 2. Jah. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII 243

Bonn, den 23. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Mangelnde diplomatische Wachsamkeit</u> EWG-Verhandlungen waren schlecht vorbereitet	49
2	<u>Schweres Reisegepäck</u> Zum USA-Arbeitsbesuch Erhard	48
3	<u>Invereinbar</u> Warum kein Landerecht für die Luftansa in Nairobi ? Von H. G. Ritzel, MdB	38
4 - 5	<u>Sabotageprozeß in Pretoria</u> Internationale Juristenkommission schaltet sich ein Von Bruno Kuster, Genf	72

***** VORANKÜNDIGUNG *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Ausgabe vom Freitag, dem 27. Dezember 1963, einen Jahresabschlussartikel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

W I L L Y B R A N D T .

Freigegeben zur Veröffentlichung für die Ausgaben von Montag, dem 30. Dezember 1963. Bitte die Sperrfrist beachten!

Chefredakteur Günter Markscheffel

Mangelnde diplomatische Wachsamkeit

EWG-Verhandlungen waren schlecht vorbereitet

G.M. - Die EWG-Verhandlungen in Brüssel sind genau wie im vergangenen Jahr um die gleiche Zeit auch diesmal wieder zu einem Nerven-
krieg geworden, bei dem - ganz gleich, wie er ausgeht - die Erwo-
gnis-Idee angeschlagen bleiben wird. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrie-
ben werden, können nur sehr versierte Experten sagen, mit welchem Er-
gebnis diese Verhandlungen enden werden. Man spricht seit einigen Ta-
gen von einem Kompromiß, gibt aber sehr deutlich zu verstehen, daß
die EWG in allen Fugen kracht. Man könnte man sich damit trösten, in-
dem man sagt, die europäischen Staaten hätten sich seit Jahrhunderten
gegenseitig bekriegt und es sei daher schon ein Fortschritt, wenn man
heute nur noch miteinander feilscht. Das reicht aber nicht aus, um die
jetzt entstandene Situation richtig zu charakterisieren.

Tatsache ist, daß de Gaulle im Gegensatz zu früheren französischen
Regierungen den Integrationsgedanken Europas aufgegeben hat und dafür
die Idee eines "Europa der Vaterländer" setzte. Von diesem Augenblick
an ist alles, was man sich vorher auf der Grundlage der Römischen Ver-
träge vorgenommen hatte, ins Rutschen geraten. Und so sehr auch die
Experten behaupten mögen, die Schwierigkeiten lägen im Detail, so rich-
tig ist es dennoch, daß die eigentlichen Komplikationen in dem ständig
sichtbarer werdenden Mangel einer tatsächlichen europäischen Integra-
tionsidee Frankreichs liegen.

Aus diesen Feststellungen ergeben sich wichtige Fragen für die
deutsche Politik. Was hat eigentlich nach Abschluß des deutsch-fran-
zösischen Vertrages, der so sehr gefeiert wurde, die deutsche Diplo-
matie getan, um das im Elysee-Vertrag vorgesehene Konsultationsver-
fahren in Gang zu bringen? Ende Juli 1963 stellte de Gaulle sein be-
rühmtes Ultimatum, wonach er Frankreich aus der EWG zurückziehen wolle,
wenn bis zum 31. Dezember 1963 die europäische Agrarmarkt-Ordnung nicht
unter Dach und Fach sei. Das war ein Alarmschuß, der von den übrigen
EWG-Partnern - und besonders von der Bundesrepublik - nicht ernst ge-
nommen wurde oder von dem man hoffte, ihn durch Vorhandlungen unge-
schehen machen zu können. In der Zwischenzeit war der neue Bundeskanz-
ler Professor Erhard in Paris. Zurückgekehrt nach Bonn, erklärte Erhard,
es sei alles bestens in Ordnung...

Nun stehen wir in Brüssel vor einem Dilemma, das sowohl die
deutsch-französische Freundschaft wie auch die EWG in Mitleidenschaft
zieht.

Zu allem Überflus hat man auch den langjährigen deutschen Bot-
schafter in Paris ausgewechselt. Er mußte gerade auf dem Eckpunkt
der Vorverhandlungen für Brüssel nach Rom gehen; sein Kollege aus
Rom kam nach Paris. Gewiß, der neue Botschafter hatte theoretisch die
Möglichkeit, sich auf de Gaulle einzustellen. Die praktischen Erfah-
rungen, die allein ein gutes Gespräch ermöglichen, fehlen ihm. Den
beiden Botschaftern ist kein Vorwurf zu machen, aber man muß doch fra-
gen, wer für einen Wechsel dieser Positionen in einer solchen Situati-
on verantwortlich ist?

So bietet sich alles in allem kein schönes Bild. Es bleibt - auch
wenn noch ein Kompromiß in Brüssel gefunden werden sollte - das pein-
liche Gefühl eines erheblichen Mangels an vorausschauender diplomati-
scher Wirksamkeit.

Schweres Reisegepäck

Zum USA-Arbeitsbesuch Erhards

ler - Bundeskanzler Erhard ist der erste europäische Regierungschef, den der Nachfolger des ermordeten Präsidenten Kennedy, Johnson, auf seiner Ranch in Texas empfängt, fern vom Gebrüll in Washington. Allein diese Tatsache unterstreicht die große Bedeutung, die der Bundesrepublik Deutschland in allen amerikanischen Überlegungen als einem Schlüsselland der Weltpolitik zukommt. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik gibt es keine Gegensätze, keinen Streit um Weg und Methodik bei der Verfolgung der großen politischen Zielsetzungen. Johnsons bisheriges politisches Auftreten, vor allem seine Ansprache vor den Vereinten Nationen, folgen der von seinem Vorgänger gesetzten Bahnen und hohen faszinierenden Ideen. Die Regierungserklärung Erhards wiederum bekannte sich in ihrem außenpolitischen Teil ausdrücklich zu den von den USA gesteckten Zielen. Ein hohes Maß von Gemeinsamkeit ist also gegeben.

Nun wäre es freilich eine Verkennung der Gegebenheiten, von der Begegnung zwischen Johnson und Erhard unmittelbare in die Augen fallende Ergebnisse zu erwarten. Diese stehen nicht an. Es ist nicht einmal eine festumrissene Tagesordnung vorgesehen. Das Gesprächsthema wird einen weiten Bogen umfassen. Johnson dürfte viel Wert darauf legen, die deutschen Auffassungen über weitere Möglichkeiten einer Linderung der Spannungen zwischen Ost und West zu erfahren, die im Rahmen der Strategie des Friedens gegeben sind. Er möchte auch gern wissen, welche Bewertung die Bundesregierung dem russisch-chinesischen Konflikt zumißt und wie sie die Entwicklung innerhalb der Sowjetunion beurteilt, ein Gebiet, dem die USA als Studienobjekt und als Anhaltspunkt für ihre künftige Politik besondere Aufmerksamkeit widmen. Ist es wirklich so, wie viele Sowjetologen aufgrund ihrer mehr oder weniger gut fundierten Studien und Beobachtungen annehmen, daß sich derzeit in der Sowjetunion ein Prozeß der weiteren Auflockerung vollzieht, daß Moskau mit großen inneren Schwierigkeiten zu tun hat, durch den Verlust seines Führungsanspruchs innerhalb der kommunistischen Welt auf internationaler Ebene nunmehr ansprechbarer und verständigungsbereiter ist, kann ergeben sich für eine friedenerhaltende Politik bessere Aussichten als je zuvor.

Im internationalen Sprachgebrauch tauchte das Wort von einer weltpolitischen Atempause auf, sicherlich nicht aus vorweihnachtlicher Stimmung geboren. Was immer darunter auch zu verstehen sein mag - vielleicht schwingt darin mehr Spekulation und Wunschdenken als Wirklichkeitssinn mit - es scheint eine Periode bekümmert vorzunehmender neuer Sondierungen und gegenseitigen Abstehens bevorzugen zu stehen.

Die Bundesrepublik hat die Stufe des Erwachsenseins erreicht. Ihr Wort zählt mit bei den Entscheidungen der Großen dieser Welt. Gewiß wird Erhard mit seinem schweren Reisegepäck im amerikanischen Präsidenten, dem Träger der drückendsten Bürde dieser Welt, einen aufmerksamen Gesprächspartner finden.

Unvereinbar

Warum kein Landrecht für die Lufthansa in Nairobi ?

Von H. G. Ritzel, MdB

Während die Bundesrepublik zu Lasten der Steuerzahler Dutzende von Millionen DM als Entwicklungshilfe leistet, verweigern die ostafrikanischen Länder Kenia, Uganda und Tanganjika der Lufthansa der Bundesrepublik die Landrechte in Nairobi.

Diese Diskriminierung ist auf die Dauer nicht erträglich. Der Generalmanager der East African Airways (EAA), Captain F r a v i s , hat gegenüber Vertretern der Lufthansa erklärt: "Wir wollen Euch nun mal nicht hereinlassen."

Damit ist ein Zustand geschaffen, der von Übel ist. Die Bundesrepublik achtet die Lebensrechte der neuen afrikanischen Staaten. Sie entsendet ihre Minister zu den Feierlichkeiten, die bei der Erlangung der Selbständigkeit dieser jungen Staaten an der Tagesordnung sind. Kostbare Angebinde, wie zuletzt im Falle Kenia, werden von den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland überbracht. Es sind dieselben Steuerzahler, aus deren Taschen das durch die Methoden der Diskriminierung mitentstehende Defizit der Lufthansa gedeckt werden muß und die die hohen Leistungen für Entwicklungshilfe Jahr um Jahr tragen. Es wäre grundfalsch, anzunehmen, daß die Verweigerung selbstverständlicher Landrechte auf die Dauer möglich sein wird, ohne daß damit in deutschen Volke eine Stimmung Fuß faßt, die Konsequenzen haben kann.

Die verantwortlichen Leiter der Deutschen Lufthansa, dieser mittelbaren Bundeseinrichtung, haben ihr Bestes getan, um den alten guten Ruf der Lufthansa aufs Neue zu begründen, aber sie sind gegenüber diskriminierenden Haltungen anderer Völker machtlos. Nicht machtlos aber ist die Bundesrepublik; von ihr kann niemand verlangen, daß sie mit vollen Händen gibt und als Dank bei der Wahrung berechtigter und das fragliche Land nicht schädigender Interessen ein derartiges Verhalten akzeptiert.

Der deutsche Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß die Lufthansa ihren Status zur Schonung der Steuerzahler verbessert. Sie tut es, wo sie nur kann. Wenn aber die Grenzen ihrer Macht erreicht sind und es sich um nachweisbare Akte einer gezielten Diskriminierung handelt, dann wird aus einer solchen Entwicklung eine Beeinträchtigung der wünschenswerten guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den jungen Staaten Afrikas. Es sollte möglich sein, ohne weitere Schwierigkeiten zu einer Verständigung und damit zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Sabotageprozeß in Pretoria

Internationale Juristenkommission schaltet sich ein
Von Bruno Kuster, Genf

Der britische Jurist John Arnold wohnte im Auftrag der Internationalen Juristenkommission dem großen Sabotageprozeß in Pretoria bei, in welchem ein Inder, sechs Afrikaner und vier Weiße angeklagt sind, eine Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der Regierung angesetzt zu haben. Das Urteil steht noch aus, doch reicht das gesetzlich vorgeschriebene Strafmaß von fünf Jahren bis lebenslänglich Zuchthaus oder Tod. Nach seiner Rückkehr teilte Rechtsanwalt Arnold, dem keine "linker Tendenzen" nachgesagt werden können, der Presse seine Beobachtungen mit.

Opposition = "Kommunismus"

Arnold unterscheidet zwischen der in Südafrika geschaffenen aussergewöhnlichen "Rechtsordnung" und der Fähigkeit der Richter, im Rahmen der ihnen auferlegten Grenzen gewissenhaft und korrekt ihres Amtes zu walten. Wie auch in jedem anderen Lande stehe der Richter vor der Entscheidung, entweder die geltenden Gesetze anzuwenden oder auf die Ausübung seines Amtes zu verzichten. Den südafrikanischen Justizbehörden müsse man zubilligen, daß sie sich an diesen Rahmen halten. Auch der Sabotageprozeß von Pretoria stelle keine Ausnahme dar. Die gesetzlich verankerten Unterdrückungsmaßnahmen seien aber im Übrigen so streng daß die Versuchung oder Veranlassung nur gering sei, den Boden der "Gesetzlichkeit" zu verlassen ...

Insbesondere weist Arnold darauf hin, daß der Begriff "Kommunismus" welcher der südafrikanischen Staatsschutzgesetzgebung zugrunde liegt, so weit gefaßt werde, "daß beinahe jede politische Tätigkeit, die auf eine Änderung des Systems hinzielt, mit Kommunismus gleichgesetzt wird. Das Ergebnis besteht darin, daß die Afrikaner versucht sind, jede Hilfe, die Weiße ihren politischen Zielen zukommen lassen, als kommunistisch aufzufassen, so daß sie möglicherweise dem Irrtum verfallen, die Kommunisten seien ihre einzigen Freunde ..." Damit wird der Mythos widerlegt, als ob in Afrika die Apartheid das letzte antikommunistische Bollwerk sei!

Gewalt als einziger Ausweg

Die Unterdrückungsgesetze wurden, wie Arnold betont, von Abgeordneten gebilligt, die etwa drei Millionen Weiße und - mit Einschränkungen - 1,5 Millionen "Farbige" vertreten. Die elf oder zwölf Millionen Afrikaner

ner wie auch die Inder haben keine politischen Rechte, so daß diese Bevölkerung über keinerlei verfassungsmäßige Mittel verfügt, um den von ihr als unentbehrlich empfundenen Zustand zu ändern. "Infolgedessen", sagt Arnold, "versuchen jene, die nicht bereit sind, sich mit dieser Lage abzufinden, mit ungesetzlichen Mitteln eine Veränderung herbeizuführen."

Behinderung der Verteidigung

Obwohl ein südafrikanischer Anwalt, der häufig Schwarze verteidigt, die Mißbilligung der weißen Gesellschaft auf sich zieht, besteht die gefährlichste Behinderung der Verteidigung darin, daß die Schwarzen in der Regel zu arm sind, sich einen Verteidiger zu leisten. Bei politischem Vergehen könne auch kein amtlicher Verteidiger bestellt werden. Von insgesamt 20 afrikanischen Rechtsanwälten sind drei das Opfer einschränkender Maßnahmen. Einer hat eine 90-tägige Präventivhaft hinter sich. Zumindest in einigen Fällen ist erwiesen, daß die Polizei in der Untersuchung "unzulässige Methoden" angewendet hat, um die Angeschuldigten zu einem Geständnis zu bewegen.

Der Sabotageprozeß von Pretoria ließ zwei weitere Besonderheiten deutlich werden: erstens muß nicht der Ankläger, sondern der Angeklagte beweisen, daß er die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht aus politischer Überzeugung begangen habe; zweitens begnügt sich der Ankläger mit der Formulierung summarischer Beschuldigungen, ohne die tatsächlichen Handlungen jedes Angeklagten einzeln zu untersuchen, wodurch eine Widerlegung der Anklage außerordentlich erschwert wird.

Selbst wenn die Unparteilichkeit und die Fairneß der südafrikanischen Gerichte über jeden Zweifel erhaben sind - die von ihnen angewandten Gesetze sprechen jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn.

Internationale Auswirkungen

Selbstverständlich sind diese Untersuchungsergebnisse einer unparteiischen Juristenkommission in allen afrikanischen Staaten Gegenstand und Grundlage der Vorstöße, die von diesen Staaten in der UNO gegen die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union eingeleitet werden. Eine Reihe von südamerikanischen Staaten sowie die meisten Ostblockländer haben sich ebenfalls die Argumentation der Internationalen Juristenkommission gegen die südafrikanische Rassenpolitik zu eigen gemacht. Alle afrikanischen Staaten beobachten mit größtem Interesse besonders die wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen der europäischen Länder zur Südafrikanischen Union. Sie sind bereit, bestimmte Konsequenzen aus den Verhalten der Europäer zu ziehen und haben bereits entsprechende Interventionen für kommende Beratungen über die Rassenprobleme in der UNO angekündigt.